

INTERNATIONALE FRIEDENSBRIGADEN - GUATEMALA PROJEKT

PIM - MONATLICHE INFORMATIONEN ÜBER GUATEMALA

Nummer 91, April 2011

1. AKTUELLE LAGE DER MENSCHENRECHTE
2. PROJEKTAKTIVITÄTEN IN GUATEMALA
 - 2.1 TREFFEN MIT GUATEMALTEKISCHEN AUTORITÄTEN UND DIPLOMATISCHEM CORPS
 - 2.2 TREFFEN MIT ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT
 - 2.3 BEGLEITUNGEN
 - 2.4 FOLLOW-UP
 - 2.5 BEOBACHTUNGEN
3. AKTIVITÄTEN AUSSERHALB VON GUATEMALA

1. AKTUELLE LAGE DER MENSCHENRECHTE

STRAFLOSIGKEIT

Weiterer ehemaliger Beamter der Nationalpolizei (PN) festgenommen aufgrund seiner mutmaßlichen Beteiligung am Verschwindenlassen von Fernando García im Jahre 1984

Guatemala, 09.04.2011 (PL).- Die Nationale Zivilpolizei (PNC) und die Staatsanwaltschaft (MP) nahmen am 8. April einen Ex-Polizisten wegen seiner mutmaßlichen Beteiligung am Verschwindenlassen des Gewerkschafters Fernando García im Jahre 1984 fest. Es handelt sich um Jorge Humberto Gómez López, der in der Siedlung San Ignacio in der Zone 7 von Mixco verhaftet wurde. Das zuständige Gericht von Mixco ordnete seine Festnahme auf Grundlage folgender, ihm zur Last gelegten Straftaten an: gewaltsames Verschwindenlassen, Entführung und Amtsmissbrauch. Gómez war ehemaliger Befehlshaber des Vierten Korps der aufgelösten Nationalpolizei (PN), der Einrichtung, die sich möglicherweise darum kümmerte, García vor 27 Jahren gefangen zu nehmen und verschwinden zu lassen. Abraham Lancerio Gómez und Héctor Ramírez Ríos, zwei weitere ehemalige Beamte der PN, die in das Verschwindenlassen verwickelt waren, wurden im November 2010 zu 40 Jahren Haft verurteilt.

Trotz ihrer Festnahme konnte der Verbleib von García nicht nachvollzogen werden. Die Abgeordnete Nineth Montenegro, zum Zeitpunkt der Entführung seine Frau, forderte, dass Gómez vor Prozess gemacht werden muss und meinte, dass, obwohl der Fall, der ihr so viel Schmerz verursacht hat, Fortschritte mache, die verspätete Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit sei.

LAND

Soziale und internationale Organisationen beantragen eine Kommission im Abgeordnetenhaus, welche über die Vertreibungen in Alta Verapaz ermittelt

Guatemala, 04.04.2011(AC).- Guatemaltekeische Organisationen, internationale NGOs und einzelne Personen beantragten beim Kongress der Republik die Bildung einer Ermittlungskommission, welche die Vertreibungen in der Region Valle del Polochic, Alta Verapaz, im März 2011 untersucht. Nach ihrer Einschätzung hat der guatemaltekeische Staat die Pflichten nicht erfüllt, die ihm nach Internationalen Menschenrechtsabkommen zukommen. Mittels einer Zeitungsanzeige forderten sie vom Präsidenten Colom, das Ende der Vertreibungen und Zerstörungen von Häusern

und bebautem Boden in der Region zu veranlassen. Weiterhin riefen sie die Menschenrechtsombudsstelle (PDH) und die Menschenrechtskommission des Präsidenten (COPREDEH) dazu auf, den Dialog zwischen der betroffenen Bevölkerung und den vermeintlichen Besitzern der Fincas zu koordinieren.

Im Einzelnen verlangten sie vom Abgeordnetenhaus die Bildung einer Ermittlungskommission, welche dokumentierte Information u.a vom Innenminister, der Staatsanwaltschaft, der PDH, dem zuständigen Gericht, der Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftliche Integration (BCIE), dem Katasteramt, der Hauptverwaltung der Steueradministration (SAT) einfordern sollte. Die vom Innenminister und von der Staatsanwaltschaft eingeforderte Information bezieht sich auf das Handeln des Polizeipersonals und auf die Einsatz von Militärkräften und bewaffneten nicht offiziellen Einheiten, welche an der Vertreibung mehrerer Gemeinden teilnahmen, bei denen ein Landarbeiter getötet und mehrere Personen verletzt wurden.

Straßenblockaden und Demonstrationen in verschiedenen Departments, um die Bewilligung des Gesetzes für Ländliche Entwicklung zu fordern

Guatemala, 13.04.2011 (LH).- Die Direktion des Straßenschutzes (PROVIAL) informierte über die Erfassung von Blockaden in den Kilometern 113, 179 und 212 in der Straße der Südküste (Costa Sur) in Richtung mexikanischer Grenze in den Bezirken Cocales (Suchitepéquez), El Zarco (Retalhuleu) und Colomba (Quetzaltenango). Ebenfalls wurde die Straße am Km 187 der Interamerikanischen Route blockiert, einer Kreuzung, die unter dem Namen Cuatro Caminos bekannt ist. Diese Blockaden finden Wochen nach der Warnung von der Regierung statt, diejenigen Gruppierungen vom Dialog auszuschließen, die tatsächlich zu einer solchen Maßnahme greifen. Gleichzeitig wurde von Demonstrationen ohne Straßenblockaden berichtet: in Colotenango, Huehuetenango und Totonicapan.

Mitglieder der Nationale Koordination der Bauernorganisationen (CNOC) und des Komitees der Ländlichen Entwicklung (CODECA) forderten Verbesserungen in der ländlichen Entwicklung und äußerten Klagen bezüglich der Stromversorgung. Basilio Sánchez, Repräsentant der CODECA, informierte, dass die Forderungen sich um die Bewilligung des Gesetzes für Ländliche Entwicklung und die Nationalisierung der Elektrizität konzentrieren. CODECA forderte die Regierung dazu auf, den Dialog wieder aufzunehmen und einen Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise zu suchen, von denen die ländlichen Gebiete betroffen sind. Sánchez versicherte, dass seine Gruppe bereit sei, sich am Dialog zu beteiligen.

NEGATIVE AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG

US-Kongressabgeordnete appellieren an Präsident Colom, die Tätigkeiten in der Mine Marlin einzustellen.

Guatemala, 07.04.2011 (LH).- In einem Brief an Präsident Álvaro Colom, fordern ihn 15 ParlamentarierInnen der Vereinigten Staaten dazu auf, den Betrieb der Mine Marlin, gemäß den Verpflichtungen der verabschiedeten Resolution der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) unverzüglich auszusetzen. In dem Brief, der ursprünglich in englischer Sprache verfasst ist, bekräftigen die Unterzeichner Colom, dass "sie äußerst besorgt sind, über die Folgen großer Industrieanlagen, wie die Goldminen, für die Menschenrechte in Guatemala." Insbesondere heben sie die Goldmine Marlin in San Miguel Ixtahuacán, San Marcos hervor, die von der kanadischen Firma Goldcorp betrieben wird. "Wir ersuchen mit sofortiger Wirkung den Betrieb der Mine Marlin einzustellen und sich mit der Besorgnis der indigenen Gemeinschaften im Zusammenhang mit der aktuellen Situation der Menschenrechte, der Gesundheit und die Umwelt auseinanderzusetzen", schließt der Brief. Außerdem werden in dem Brief die Besorgnis der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) zu dieser Mine erwähnt sowie unabhängige Studien der Universität Michigan und der E-Tech-International zitiert, die schwerwiegende Bedenken hinsichtlich der öffentlichen Gesundheit und der Umweltauswirkungen des Bergbauprojekts äußerten.

Das Ministerium für Energie und Bergbau genehmigt das Wasserkraft-Projekt „El Orégano“ in Chiquimula

Guatemala, 19.04.2001 (EP).- Die Firma *Las Tres Ninas, AG* plant das Wasserkraftwerk „El Orégano“, zwischen den Kreisstädten Zacapa und Jocotan im Department Chiquimula zu bauen. Nun gab das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) dem Unternehmen grünes Licht, die Wassermassen des Rio Grande zu nutzen und das Kraftwerk „El Orégano“, mit einer Kapazität von 120 Megawatt (MW), zwischen Zacapa und Chiquimula zu errichten. *Las Tres Ninas, AG* ist ein Unternehmen der *Trans America Group*, eines Konzerns der aus Telekommunikations- und Immobilienunternehmen sowie Unternehmen der erneuerbaren Energien besteht. Zusätzlich zu „Orégano“ kündigte das Unternehmen auf seiner Webseite ein weiteres Projekt, das Kraftwerk „Caparja“ in der Gemeinde Camotán (Chiquimula) mit einer Kapazität von 57 MW, an.

Bereits im Juli 2009 hatte die Nationale Kommission für Elektroenergie (CNEE) beide Studien des Unternehmens zur Nutzung der Wasserkraft genehmigt. Im Falle von „El Oregano“, erklärte die Firma in einer Presseerklärung an die Nachrichtenagentur BN Américas, dass das Kraftwerk zwischen Ende des Jahres 2014 und Mitte 2015 in Betrieb genommen werden könne.

Quellen: Agencia Cerigua (AC), El Periódico (EP), La Hora (LH), Diario de Centro America (CA), Prensa Libre (PL).

2. PROJEKTTÄTIVITÄTEN IN GUATEMALA

Team: Janieke Drent (Niederlande), Ricard Hernández Martín (Spanien), Pascal Bodemeijer (Niederlande), Anabella Estol (Argentinien), Engel Montuenga Peña (Spanien/Kolumbien), Samuel Jones (Großbritannien), Guillaume Riboulleau (Frankreich), Maike Holderer (Deutschland) und Kathrin Helen Ruegg (Schweiz).

2.1 GESPRÄCHE MIT GUATEMALTEKISCHEN AUTORITÄTEN, DIPLOMATISCHEM CORPS UND INTERNATIONALEN INSTITUTIONEN

Die Treffen mit nationalen und internationalen Autoritäten sind ein wichtiges Instrument für die Arbeit von PBI, um diesen unsere Ziele und Arbeitsinhalte mitzuteilen. Bei diesen Zusammenkünften äußern wir in begründeten Fällen auf zurückhaltende Weise Besorgnis über kritische Situationen, über die wir aus erster Hand durch unsere Arbeit vor Ort Kenntnis zu Kenntnis genommen haben.

Diplomatischer Corps und andere internationale Vertretungen in Guatemala:

- Thomas Schäfer, Botschafter der deutschen Botschaft, Guatemala Stadt, Guatemala.
- Juan Guillermo Ángel, Botschafter der kolumbianischen Botschaft, Guatemala, Stadt, Guatemala.
- Manuela Sessa, Menschenrechtsbeauftragte, Abteilung für Zusammenarbeit, Vertretung der Europäischen Union, Guatemala Stadt, Guatemala.

VertreterInnen staatlicher Stellen Guatemalas:

- Carlos Seijas, Berater des Menschenrechtsombudsmanns, Büro des Menschenrechtsombudsmanns (PDH), Guatemala Stadt, Guatemala.
- Sergio Blanco Barrios, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit und Verhandlung des PDH. Santa Cruz del Quiché, El Quiché.
- Diego Oxjul, fünfter Stadtrat der Gemeinde Cunén, Cunén, El Quiché.
- Delfino Natareno López, Bürgermeister, Santa Cruz del Quiché, El Quiché.
- Mario Chinchilla, Analyseinstanz des Innenministeriums, Cobán, Alta Verapaz.
- Gerzon Olivia Ramos, stellvertretender Generaldirektor der Nationalen Zivilen

- Polizei (PNC), Guatemala Stadt, Guatemala.
- Rolando Yoc, Direktor für Mediation und Resolution von Konflikten sowie für Öffentlichkeitsarbeit zur Staatspolitik, PHD, Guatemala Stadt, Guatemala.
- Mario Eduardo Ochoa Croker, Oswaldo Enríquez Contreras und Lesbia Tevalan, Rechtsberater der Einheit zur Bekämpfung der Straflosigkeit des PDH, Guatemala Stadt, Guatemala.
- Ana Julia Flores, Beraterin des Menschenrechtsombudsmanns, PDH, Guatemala Stadt, Guatemala.
- Victor Godoy, Direktor des Programms vom Miteinander in der Schule und Gewaltprävention, PDH. Guatemala Stadt, Guatemala.

2.2 TREFFEN MIT ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Das Team vor Ort trifft sich regelmäßig mit Organisationen der Zivilgesellschaft, um sich über die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen auf dem Laufenden zu halten, sich gegenseitig über die eigene Arbeit zu informieren und Informationen für interne Analysen der politischen Lage zu sammeln.

Organisationen und Personen der guatemaltekischen Zivilgesellschaft:

- María Teresa, Jorge Macías Frías und Enrique Corral, Mitglieder der Stiftung Guillermo Toriello, Guatemala Stadt, Guatemala.
- Carmela Curup, Rechtsanwältin, Vereinigung mayastämmiger Anwälte und Notare, Guatemala Stadt, Guatemala.
- Josefa López, Mitglied des Amtes zur Verteidigung der indigenen Rechte und Kulturen, Uspantán, El Quiché.
- Juan Antonio, Mitglied der Akademie für Sprachen von Uspanteko, Uspantán, El Quiché.
- Francisco Zeto, Mitglied der Vereinigung der Maya-Ixil-Frauen (AMMI), Nebaj, El Quiché.
- Blanca Sosa und Elizeth Tum, Mitarbeiterinnen der Vereinigung der Frauen von Chicamán. Chicamán, El Quiché.
- José Ernesto Menchú, Mitglied des Komitees der Opfer des bewaffneten Konfliktes. Uspantán, El Quiché.
- Gregorio Chay, Mitglied des Amtes zur Verteidigung der K'icherechte und -kultur, Santa Cruz del Quiché, El Quiché.
- José Roberto Morales, Mitglied des Rechtshilfezentrums für Menschenrechte (CALDH), Guatemala Stadt, Guatemala.
- Ramón Cadenas, Direktor der Internationalen Juristenkommission (CIJ) für Zentralamerika. Guatemala Stadt, Guatemala.
- Gustavo Meoño und Alberto Fuentes, Führungsstab des Historischen Archivs der Nationalpolizei (AHPN), Guatemala Stadt, Guatemala.
- Javier Gurriarán, Ratgeber und Mitglied der Initiative für Wiederbelebung an das Historische Andenken an den Norden von El Quiché. Guatemala.

Soziale Organisationen und internationale Organisationen:

- Koordination der Internationalen Begleitung in Guatemala (Acoguate). Guatemala Stadt, Guatemala.
- Claudia Lopéz, Koordinatorin der Rechtsanwältinnen ohne Grenzen aus Kanada. Guatemala Stadt, Guatemala.

2.3 BEGLEITUNGEN

Nationale Koordinierung der Witwen Guatemalas, CONAVIGUA

Im April haben wir die Begleitungen von CONAVIGUA durch regelmäßige Besuche und Treffen mit den Mitgliedern in ihrem Büro in der Hauptstadt fortgesetzt. CONAVIGUA nimmt derzeit an den Nachbereitungen der Volksbefragung von

Uspantán (El Quiché) teil. Diese fand Ende 2010 statt. Wir beobachten aufmerksam ihre Situation und begleiten sie.

Außerdem verfolgten wir im April weiter aufmerksam die konfliktive Situation zwischen den Gemeinden und der italienischen Energiefirma ENEL im Munizip San Juan Cotzal in El Quiché.

Hintergrund: Im Rahmen ihrer Arbeit für historische Erinnerung und Wiedergutmachung führt CONAVIGUA Exhumierungen und Beisetzungen in verschiedenen Departements, vor allem in El Quiché, Chimaltenango und den Verapaces durch. Diese Prozesse führen in ländlichen Gemeinden, wo Opfer und Täter zusammen leben, zu sehr angespannten Situationen, innerhalb welcher die Frauen von CONAVIGUA bedroht werden, um so die Durchführung ihrer Arbeit zu verhindern.

Aufgrund der Zunahme von Anfragen aus den Gemeinden, in denen CONAVIGUA arbeitet, weitete die Organisation ihre Arbeit auf das Gebiet der Rechts- und organisatorischen Beratung von Gemeinden im Prozess ihrer Selbstbestimmung aus. Unter anderem begleitet CONAVIGUA den Organisations- und Entwicklungsprozess der Volksbefragung von Buena Fe in den Kreisen Uspantán (El Quiché) und Lanquín (Alta Verapaz).

Seit August 2003 begleitet PBI die Organisation periodisch. Regelmäßige Besuche in ihrem Büro in der Hauptstadt sowie Begleitungen ihrer Mitglieder auf Reisen in die verschiedenen Departements sind Teil des internationalen Schutzes, den wir der Organisation bieten. Als Reaktion auf die schweren Todesdrohungen gegen ihre Mitglieder **Magdalena Sarat** und **Jorge Morales Toj**, haben wir seit September 2010 die Begleitung von CONAVIGUA intensiviert. Diese Todesdrohungen erhielten sie im Rahmen der Vorbereitung der Volksbefragung über Rohstoffprojekte in den Gemeinden Uspantán (El Quiché) und Lanquín (Alta Verapaz). In diesem Kontext aktivierten wir im Oktober 2010 das internationale Unterstützernetzwerk von PBI Guatemala.

Organisation zur Unterstützung integraler Sexualität angesichts AIDS, OASIS

Im April haben wir regelmäßige Besuche im Büro von OASIS in der Hauptstadt durchgeführt und uns mit dem Direktor der Organisation, Jorge López Sologaitoa getroffen.

Hintergrund: OASIS arbeitet im Bereich der Sexualerziehung und Prävention von HIV/AIDS, sowie des Schutzes und der Förderung der Rechte von Homo-, Bi-, Transsexuellen und Transgender.

Am 17. Dezember 2005 wurde die Transgender Paulina ermordet, womit die Zahl der in dem Jahr ermordeten sexarbeitenden Transgender auf sieben anstieg. **Zulma Robles**, die beim Verbrechen gegenwärtig war, wurde schwer verletzt. OASIS zeigte den Fall bei der Staatsanwaltschaft an, und Zulma identifizierte vermeintliche Beamte der Nationalen Zivilpolizei (PNC) als Täter des Verbrechens. Mitglieder von OASIS wurden daraufhin verfolgt, belästigt und bedroht. Aus diesem Grund ordnete die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) am 3. Februar 2006 Schutzmaßnahmen für 13 Mitglieder der Organisation an, welche erst drei Jahre später von der guatemaltekischen Regierung umgesetzt wurden.

PBI begleitet OASIS seit Anfang 2006. Im Januar 2009 haben wir die Begleitung von **Jorge López** verstärkt, nachdem gegen ihn ein Strafprozess wegen versuchten Mordes an der Sexarbeiterin Laila (Axel Leonel Donis González) begann. Jorge López verstand dieses Verfahren als eine neue Variante der permanenten Verfolgung und Einschüchterung, unter denen er in den letzten Jahren zu leiden hat und die den Fortschritt der Arbeit der Organisation und den Respekt der Menschenrechte der Gemeinschaften der sexuellen Vielfalt zu verhindern sucht. Am 29. September 2009 wurde die Anklage fallen gelassen, nachdem an zwei gerichtlichen Anhörungen

Mitglieder verschiedener europäischer Botschaften als Beobachter teilnahmen.

Verein für den Schutz des Berges Las Granadillas, APMG.

Am 13. April begleiteten wir den APMG und beobachteten den Gerichtsprozess gegen acht Mitglieder des Vereins und der Lutherischen Kirche Guatemalas (ILUGUA): José Pilar Álvarez Cabrera, Rubén Aldana Guzmán, Glenda Cecilia Antón Antón, Ronaldo Meléndez, Alfredo Mejía Gregorio, José Martín Cabrera Antón, Melvin Antón Palacios und Byron Galdámez Franco. Der Richter der ersten strafrechtlichen Instanz erklärte, es gäbe keinerlei Beweise für die ihnen zur Last gelegten Delikte der illegalen Verhaftungen, Drohungen und psychologischer Gewalt gegen Frauen¹ und stellte das Strafverfahren ein. Der Richter machte außerdem den Staatsanwalt des Falles darauf aufmerksam, die Anklage ohne die vorhergehenden entsprechenden Untersuchungen vorgetragen zu haben.

Wir begleiteten den Verein zu einem Treffen mit dem deutschen Botschafter in Guatemala, welches in der Casa Campesina, gelegen in La Trementina, Zacapa, stattfand. Gemeinsam mit anderen Bauernorganisationen der Region wie z.B. dem Camotekische Bauernverband und der zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día legten sie diesem ihre Sorgen und Forderungen dar.

Hintergrund: *Der Verein wurde im Jahr 2003 im Departement Zacapa gegründet, um das Ökosystem des Berges Las Granadillas schützen. Dort sind die wichtigsten Wasservorkommen und die größte Biodiversität der Region zu finden. Die lokale Bevölkerung hat dort außerdem verschiedene Probleme identifiziert: massiver Holzabbau, illegale Abholzung, große Ausbreitung privater Flächen für Viehzucht und Monokulturen, Entwaldung und die Behinderung des Zugangs zu Wasserquellen. Sie bekommen Unterstützung von der Lutherischen Kirche Guatemalas (ILUGUA), insbesondere vom für die Region zuständigen Pfarrer **José Pilar Álvarez Cabrera** und vom Kollektiv Madre Selva. Eine der Ziele des Vereins ist es, das Gebiet zu einem offiziellen Schutzgebiet zu erklären. Allerdings stellen die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen im Gebiet Las Granadillas eine Gefahr für die Arbeit der APMG dar. Die Mitglieder der Organisation haben verschiedene Arten von Verfolgungen und Drohungen erleben müssen seit sie den illegalen Holzhandel angezeigt haben und zusammen mit der Bevölkerung der **Gemeinde La Trementina** einen andauernden Prüfungsprozess über die bewilligten Lizenzen sowie die Abholzung in den privaten Fincas der Berge begannen.*

Wir begleiten den APMG seit August 2008. Anfang 2009 wurden Pfarrer José Pilar Álvarez und zwei Mitglieder mit einer gerichtlichen Anklage konfrontiert, die mit ihrer Arbeit, den Berg zu schützen, zusammenhing; die Anklage wurde nach der ersten Gerichtsanhörung fallen gelassen. Im Mai 2010 wurden Mitglieder des Vereins in einem internen Bericht der Nationale Zivilpolizei (PNC) beschuldigt, mit der Umsetzung von „illegalen“ Aktionen gedroht zu haben, wie Straßenblockaden, um die Durchfahrt der Lastwagen, welche das Holz von der Finca Tashoro transportieren, zu verhindern oder die Gemeinde La Trementina zu mobilisieren, um eine Blockade zu fördern. Die APMG erklärt in einem Treffen mit dem Gouverneur, der PNC und dem DIPRONA die

¹ Am 29. November 2010 erhielten acht Personen, Mitglieder des Verein und der Lutherischen Kirche Guatemalas (ILUGUA) eine richterliche Vorladung, in der sie zu ersten Aussagen im Rahmen eines Strafverfahrens gegen sie einberufen wurden. Sie wurden wegen der Straftaten illegale Festnahme und Drohungen verwarnt. Nachdem die richterliche Anhörung zwei Mal (am 26. Januar und 7. März) verschoben wurde, drückten GemeindevertreterInnen aus Zacapa und Chiquimula in einem Brief an den Obersten Gerichtshof ihre Sorge darüber aus. Sie hoben die Einschränkungen in ihrer sozialen Arbeit und Arbeit in den Organisationen hervor, die sich aus der Verwicklung in ein juristisches Verfahren ergaben. Am 31. März reichten die Ehefrauen von José Juan Olavarrueth und Gregory Miller, den ursprünglichen Klägern, eine Nebenklage aufgrund der Straftaten illegaler Verhaftungen, Drohungen und psychologischer Gewalt gegen Frauen ein. Die Anhörung fand schließlich am 13. April statt, mehr als viereinhalb Monate nach der richterlichen Vorladung.

Mangelhaftigkeit von Fundament und Wahrhaftigkeit dieser Beschuldigungen und forderte die Richtigstellung. Zwei Tage später, während eines Treffens mit den gleichen Akteuren, der PNC und der DIPRONA, einigten sie sich, eine Untersuchung durchzuführen und ein neues Gutachten zu erarbeiten. Dies wurde im Nachhinein umgesetzt und die Anschuldigungen richtig gestellt. Im September 2010 entstand ein neuer Konflikt zwischen dem Eigentümer der Finca Tachoró und der Bevölkerung der Gemeinde La Trementina. Die Ursache des Konflikts war die Zerstörung einer Holzmauer, die von der Bevölkerung gebaut wurde, um den Verkehr von Lastwagen, die gefällte Bäume des Berges abtransportieren, einzuschränken. José Pilar Álvarez Cabrera bekam während dieses Konflikts Morddrohungen und wurde Opfer von Verleumdungen in lokalen Medien. Aus diesem Grund haben wir im Oktober das internationale Unterstützernetzwerk von PBI außerhalb Guatemalas aktiviert. Auf Grund dieses Konfliktes erhielten Herr Álvarez und sieben weitere Personen im November 2010 eine richterliche Vorladung in der sie wegen der Straftaten illegale Festnahme und Drohungen verwarnt werden.

Verein der indigenen Frauen von Santa María Xalapán (AMISMAXAJ)

Im April trafen wir uns in Jalapa und der Hauptstadt mit verschiedenen Mitgliedern des Vereins, welche in diesem Monat die Wahl des neuen Vorstands feierten. Wir begleiteten AMISMAXAJ zu einem Treffen in Jalapa mit dem deutschen Botschafter in Guatemala, an dem auch die Xinkaregierung teilnahm. Sie legten ihre Sorgen und Forderungen bezüglich der geplanten und bereits existierenden Megaprojekte in der Region dar.

Hintergrund: *AMISMAXAJ wurde im Februar 2004 als Verein von Arbeiterinnen in der Region von Jalapa gegründet und im Juni des gleichen Jahres in den Frauensektor integriert. AMISMAXAJ besteht aus 75 weiblichen Führungspersönlichkeiten, welche 15 Xinka-Gemeinden des Berges Santa María Xalapán (Jalapa) vertreten. Die Arbeit von AMISMAXAJ findet gegenwärtig auf lokaler, departamentaler und nationaler Ebene statt, und verfolgt einen politischen Ansatz gegen jegliche Form von patriarchalischer, neoliberaler, rassistischer, homo- und lesbophober Unterdrückung. Sie haben territoriale und nationale strategische Allianzen für den Antrieb ihrer politischen Aktionen aufgebaut. Der Verein arbeitet in der Region von Jalapa aktiv in der Verteidigung von Frauenrechten, der Wiederbelebung ihrer ethnischen Xinka-Identität und der Verteidigung von Land und Territorium. Insbesondere entwickeln sie eine aktive Arbeit in der Verteidigung der natürlichen Ressourcen und gegen die Aktivitäten und Pläne der in der Region anwesenden Minen- und Ölindustrie.*

*Am 12. Oktober 2010, während der Protestaktion in der Bezirkshauptstadt von Jalapa, angesichts des Tages des Widerstands der Indigenen Völker, erhielt **Lorena Cabnal**, Mitglied des Vereins, eine Todesdrohung von einem Mann, der während der Aktion zugegen war. Außerdem wurden andere Mitglieder von AMISMAXAJ eingeschüchtert, dies kommt zu den Vorfällen der letzten beiden Monate hinzu. Aufgrund dessen haben wir beschlossen, AMISMAXAJ in die internationale Aktivierung des Unterstützernetzwerkes von PBI Guatemala einzuschließen, die im Oktober 2010 ausgelöst wurde.*

Zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día

Im April setzten wir unsere regelmäßigen Treffen mit Mitgliedern der Organisation fort. Wir besuchten die Gemeinde El Candelero (Jocotán), wo eines ihrer Mitglieder wohnt. Wir verfolgen weiterhin aufmerksam die Planungen für den Bau des Wasserkraftwerks El Orégano im Department Chiquimula. Im April wurde der Firma Las Tres Niñas, AG die Genehmigung für die Installation des Kraftwerks erteilt. Außerdem verfolgten wir weiterhin die Situation mehrerer Mitglieder von Nuevo Día, welche zum Friedensrichter von Jocotán berufen wurden.

Gemeinsam mit Mitgliedern der APMG sowie des Camotekischen Bauernverbands nahmen Repräsentanten von Chortí Nuevo Día am Treffen mit dem deutschen Botschafter in Guatemala während seines Besuchs in der Region teil.

Hintergrund: Die Zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día, welche Mitglied der Agrarplattform ist, arbeitet in den Kreisen Camotán, Jocotán, Olopa und San Juan Hermita im Departement Chiquimula. In Koordination mit anderen lokalen Organisationen führen sie für die ländlichen Gemeinden zu den Themen Bauernökonomie, Umwelt, Rechte und Territorium Fortbildungen durch. Im Jahr 2006 hat Nuevo Día von der Existenz von Bauplänen für drei Wasserkraftwerke in zwei Kreisen erfahren: die Projekte „El Puente“ und „El Orégano“ im Kreis Jocotán, und das Projekt „Caparjá“. Alle drei Projekte sind Teil des größeren Projektes des Systems der elektrischen Vernetzung für die zentralamerikanischen Länder (SIEPAC). Als Teil ihrer Arbeit hat der Verein den Gemeinden im Gebiet Information zukommen lassen, und Raum für Evaluierungen und Analyse der Auswirkungen auf die Umwelt und lokale Wirtschaft dieser Projekte und anderer im Gebiet geplanter Projekte gefördert. Mehrere Mitglieder von Nuevo Día haben erklärt, dass der Mangel an Information und Befragung der Gemeinden von Chiquimula seitens öffentlicher Institutionen die Ursache der Konfliktivität ist. Mitglieder von Nuevo Día wurden im Zusammenhang mit ihrer Aufklärungsarbeit in den Gemeinden über die Wasserkraftwerksprojekte angegriffen und bedroht. Einer ihrer Mitglieder wurde Mitte September 2009 Opfer eines Schusswaffenangriffs in der Nähe seiner Gemeinde.

Nach gewaltsamen Vorfällen während einer Versammlung am 12. Oktober 2010, bei der die indigene Maya-Ch'orti-Bevölkerung von der Stadtverwaltung einen Dialog mit dem Bürgermeister über das Projekt des „technologischen Korridors“ forderte und ihren Widerstand gegenüber selbigem ausdrückte, kam es zu einer Konfrontation zwischen den Protestierenden und der Polizei. Daraufhin veröffentlichten mehrere nationale und lokale Kommunikationsmedien Aussagen der lokalen staatlichen Stellen, welche die Verantwortung für das Vorgefallene Omar Jerónimo, Mitglied von Nuevo Día, und Carlos Hernández, Mitglied des Camotekischen Bauernverbands zuschrieben.² **Omar Jerónimo** und **Edgar Hernández** erhielten Morddrohungen und wurden von bewaffneten Unbekannten eingeschüchert. Abgesehen davon, dass wir unsere Begleitung der Zentralen Bauernkoordination Nuevo Día intensivierten, schlossen wir die Organisation in die internationale Aktivierung des Unterstützernetzwerkes von PBI Guatemala ein, das im Oktober 2010 ausgelöst wurde.

Camotekischer Bauernverband

Wir hielten unsere Begleitung des Bauernverbandes in Chiquimula und in der Hauptstadt aufrecht. Ihre Delegierten waren ebenfalls in Zacapa präsent im Rahmen des Treffens zwischen verschiedenen sozialen Organisationen der Region und dem deutschen Botschafter in Guatemala, während seiner Reise in das Gebiet.

Hintergrund: Der Camotekische Bauernverband wurde 1988 gegründet und hat sich aus GesundheitshelferInnen und Hebammen der Gemeinde von Camotán, Departement von Chiquimula gebildet. Der Verband ist aktives Mitglied der Koordination der volkstümlichen indigenen gewerkschaftlichen und bäuerlichen Organisationen des Ostens (COPISCO).

Ihr vorrangiges Ziel ist der Schutz des Lebens und der natürlichen Ressourcen, die Absicht ist menschliches Wohlbefinden und der Natur zu finden. Derzeit besteht der Verband aus 718 Mitgliedern, welche über die

² Agrarplattform, Presseerklärung 12 und 13.10.2010. Nationale Front des Widerstandes (FNL), „Drei Bauern sterben in Jocotán“, 13.10.2010. Beobachtungsstelle der Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL), „Aggression und Unterdrückung des Maya Ch'orti Volkes“, 13.10.2010 Guatemaltekkische Presse vom 13.10.2010.

Einhaltung der Gesetze wachen und Verletzungen von Menschenrechten in dem Gebiet des Ostens des Landes verfolgen. Sie unterhalten eine enge Beziehung zu der zentralen Bauernkoordination Chortí Nuevo Día, mit der sie besonders zu den Themen Schutz der Erde, Landwirtschaft und die Verteidigung der Umwelt zusammenarbeiten.

Als der Verein die Baupläne der drei Wasserkraftwerke „El Puente“, „El Orégano“ und „Caparjá“ (siehe oben- Hintergrund der Zentralen Bauernkoordination Chortí Nuevo Día) und das Projekt des „Technologischen Korridors“ zur Kenntnis nahm, die Auswirkungen auf mehrere Munizipien des Departments haben, begann der Verband mit der Informationsarbeit der Gemeinden über die Auswirkungen der Megaprojekte auf die Umwelt und ihre wirtschaftliche Situation.

*Nach den gewaltsamen Vorkommnissen während einer Versammlung am 12. Oktober in Jocotán, veröffentlichten verschiedene staatliche und lokale Medien Erklärungen von lokalen Autoritäten, in denen **Carlos Hernández**, Mitglied des Camotekischen Bauernverbandes, mit den Geschehnissen als Verantwortlicher in Verbindung gebracht wird (siehe oben: zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día). Carlos Hernández erhielt zudem Todesdrohungen und Einschüchterungen von unbekanntem bewaffneten Gruppen. Aus diesem Grund intensivierten wir unsere Begleitung des Verbandes. Die Aktivierung des externen internationalen Unterstützungsnetzes durch PBI Guatemala im Oktober 2010 beinhaltete ebenfalls den Camotekischen Bauernverband.*

*Am 15. November wurden zwei Mitglieder des Verbandes, **Carlos Hernández** und **Santos Vásquez**, verhaftet. Sie wurden der Straftaten „Aktivitäten gegen die innere Sicherheit der Nation“, sowie der „Teilnahme an illegalen Treffen und Versammlungen“ beschuldigt, nachdem sie an einer öffentlichen Versammlung, welche 6 Monate zuvor durchgeführt wurde am 30. März 2010 teilnahmen, und an welcher sich mehr als 70 Personen beteiligt haben, um ihre Ablehnung der Pläne und Projekte der elektrischen Vernetzung der Region kundzutun. Uns beunruhigt, dass die Befehle zur Festnahme am 13. Oktober, ein Tag nach den Konfrontationen in Jocotán, ausgestellt wurden und dass die Medien die Verhaftung beider Personen im Zusammenhang mit diesen Geschehnissen verbreiten.*

Am 16. November wurde der Fall gerichtlich verhandelt, wobei die Angeklagten eine erste Erklärung vor dem Richter vortrugen. Dieser entschied, dass der Prozess fortgeführt, eine Kautions von 3000 Quetzales (ca. 280 Euro), sowie eine Ersatzmaßnahme zur Untersuchungshaft (Hausarrest ohne Überwachung) festgesetzt wird, welche die Verpflichtung, dass beide Personen alle 15 Tage vor dem Gericht vorsprechen sowie die Einschränkung ihres Rechts, an ihrer Arbeit im Verband teilzunehmen, beinhaltet. In den nächsten drei Monaten wird die Staatsanwaltschaft ihre Untersuchungen vertiefen. Man hat die nächste gerichtliche Anhörung auf den 2. März 2011 festgesetzt.

Qamoló kí Aj Sanjuani-Unamos Pueblos Sanjuaneros

Aufgrund der im März im In- und Ausland verbreiteten *Alerta* und der Alarmierung des Unterstützungsnetzes wegen der gewaltsamen Vorkommnisse in den Gemeinden von San Juan Sacatepéquez, welche sich gegen den Bau der Zementfabrik in der Region stellen, führten wir unsere Begleitung der Gemeinden im April fort.³

Wir begleiteten die zwei durch diese Übergriffe verletzten Personen zur Staatsanwaltschaft (MP). Am 19. April waren wir zudem im Gericht von Mixco

³ Die gesamte *Alerta* kann unter folgenden Links gefunden werden: [http://www.pbi-guatemala.org/field-projects/pbi-guatemala/latest-news/news/?tx_ttnews\[tt_news\]=2720&cHash=3ef9153f791ef216a580047ec957a4ac](http://www.pbi-guatemala.org/field-projects/pbi-guatemala/latest-news/news/?tx_ttnews[tt_news]=2720&cHash=3ef9153f791ef216a580047ec957a4ac) (English) und [http://www.pbi-guatemala.org/los-proyectos/pbi-guatemala/noticias/spanish-news-holder/?L=1&tx_ttnews\[tt_news\]=2687&cHash=88aa776a5bf05e6c09b3cda64b83c0eb](http://www.pbi-guatemala.org/los-proyectos/pbi-guatemala/noticias/spanish-news-holder/?L=1&tx_ttnews[tt_news]=2687&cHash=88aa776a5bf05e6c09b3cda64b83c0eb) (Spanisch)

anwesend, um eine Anhörung im Zusammenhang mit diesen Angriffen zu beobachten; die Anhörung fand jedoch nicht statt.

Wir hielten weiterhin unsere internationale Präsenz in den Gemeinden von San Juan Sacatepéquez aufrecht. Im April berücksichtigten wir zudem Anfragen nach spezieller Begleitung von Frauen und begleiteten sie zu ihrem monatlichen Treffen.

Hintergrund: *Qamolo Kí Aj Sanjuani-Unamos Pueblos Sanjuaneros (Vereinigung der Dörfer von San Juan) ist eine Organisation, welche die Anwohner verschiedener Gemeinden des Kreises San Juan Sacatepéquez, die am Kampf und für den Schutz des Gebietes und der natürlichen Ressourcen der Region teilnehmen, verbindet. Seit 2006 arbeitet die guatemaltekische Firma Cementos Progreso S.A. an dem "Projekt San Juan", welches den Bau einer Zementfabrik und eines Steinbruchs in der Finca San Gabriel Buena Vista und den Dörfern San Jose Ocaña und San Antonio las Trojes I und II beinhaltet. An diesen Unternehmungen beteiligen sich Cementos Progreso S.A. mit 80 % der Investitionen und der multinationale Schweizer Konzern Holcim, der größte Zementproduzent der Welt, mit den restlichen 20 %.*

*Am 13. Mai 2007 führten die **Gemeinschaften von San Juan Sacatepéquez** ohne die Unterstützung des Bezirks eine Volksbefragung über den Bau der Fabrik durch. Es beteiligten sich 8.950 Personen, von denen 8.946 gegen und vier für die Fabrik gestimmt haben. Obwohl der sich der Bürgermeister und der Stadtrat verpflichtet hatten, die Ergebnisse der Befragung zu berücksichtigen, bevor irgendeine Baugenehmigung erteilt wird, gehen die Arbeiten an der Fabrik weiter.*

Während der letzten drei Jahre haben die EinwohnerInnen von San Juan Sacatepéquez zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und eine ausgeprägte Kriminalisierungskampagne erlitten und zur Anzeige gebracht.

Der Prozess des Dialogs, an dem sie mit verschiedenen Autoritäten und öffentlichen guatemaltekischen Institutionen teilgenommen haben, wurde ohne Ergebnisse bzgl. eines Entschlusses oder der Resolution des Konfliktes beendet.⁴ Seit ihrer Anfrage im Dezember 2009 begleitet PBI Qamoló Kí Aj Sanjuani, da verschiedene Mitglieder der Organisation und der Gemeinden, die sie vertreten, von Bedrohungen und Verfolgung betroffen sind.

Gemeinderat von Cunén

Im April waren wir weiterhin im Quiché präsent und hielten den Kontakt mit Mitgliedern des Gemeinderats von Cunén aufrecht. Wir begleiteten sie im Munizip von Cunén zum Dialogforum über elektrische Energie, an welchem auch Vertreter der Firma DEOCSA (der guatemaltekischen Tochtergesellschaft des spanischen Stromerzeugungs-Unternehmens Unión Fenosa) und ein Mitglied des Bürgermeisteramts von Cunén teilnahmen.

Im April beobachteten wir das Treffen in Sacapulas, bei welchem 108 Gemeinden der Region zusammen kamen, um Informationen auszutauschen und Themen bezüglich der Pläne und Entwicklung von Megaprojekten in der Region zu diskutieren. Bei diesem Treffen waren verschiedene Delegierte des Gemeinderats von Cunén anwesend.

Hintergrund: *Am 14 Januar 2009 haben die Gemeinden des Munizips Cunén aus dem Department El Quiché einen organisierten Prozess zur Verteidigung ihres Gebiets, der natürlichen Ressourcen und der Menschenrechte während einer Versammlung, die im Munizip von Cunén stattfand, durchgeführt. Der Gemeinderat von Cunén entstand bei dieser Versammlung. Er besteht aus 22 Mitgliedern der acht Mikroregionen von Cunén. Die 22 Mitglieder wurden von ihren Gemeinden ernannt. Im Oktober 2009 organisierten sie eine Volksbefragung über die Bergbauaktivitäten und Wasserkraftwerke und*

⁴ Mehr Informationen (auf Spanisch und Englisch) im Spezialbericht von PBI Guatemala 2010 unter folgendem Link: http://www.pbi-guatemala.org/fileadmin/user_files/projects/guatemala/files/spanish/Mujeres_Completo_ESP.pdf

allgemein zur Umsetzung von Megaprojekten, an der sich etwa 19.000 Personen aus 71 Gemeinden gegen die Aktivitäten aussprachen. PBI beobachtete den Prozess der Vorbereitung und die Ausführung der Volksbefragung und begleitet den Rat seit Februar 2010.

Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala, UDEFEGUA.

Im April besuchten wir regelmäßig das Büro von UDEFEGUA in der Hauptstadt Guatemalas.

Hintergrund: *Die Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala (UDEFEGUA) wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die Sicherheit von MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala zu erhöhen und damit zum Schutz des Freiraums für ihre Arbeit beizutragen. Ihre Programme unterstützen bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen und deren Organisationen. Durch Informationen, Fortbildungen, Beobachtung der Situation und psychologischer Unterstützung beraten sie hinsichtlich Vorbeugung und Reaktion gegenüber Bedrohungen und Angriffen. Zudem fördert UDEFEGUA den Schutz dieser Personen durch staatliche Institutionen und die internationale Gemeinschaft.*

PBI arbeitet seit Jahren mit UDEFEGUA zusammen und hat ihnen bereits 2007 nach einer anderen Bedrohungsepisode internationale Begleitung gestellt. Mitglieder der Organisation erhielten im Mai 2009 Bedrohungen und zeigten diese bei der Staatsanwaltschaft an. Verschiedene internationale Organisationen drückten ihre Besorgnis aus und betonten, dass es sich um ein „ernstes Verfolgungsmuster handelt“⁵

Wir intensivierten die Begleitung seit März 2010, nachdem das Haus von Erenia Vanegas durchsucht und das Fahrzeug von Claudia Samayoa manipuliert wurde, beides Mitglieder von UDEFEGUA. Seitdem hat PBI die Begleitung der Organisation durch Besuche im Büro und regelmäßigen Treffen mit Mitgliedern der Organisation verstärkt. Die Organisation wurde von PBI auch bei ihren Reisen innerhalb von Guatemala begleitet. Diese Reisen sind notwendig um ihre Arbeit der Untersuchung und Überprüfung der Anzeigen von Angriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen durchzuführen.

Union der Bauernorganisationen der Verapaces, UVOC.

Im April trafen wir uns mit Mitgliedern der Organisation in Alta Verapaz und mit Carlos Morales in seinem Büro. Wir begleiteten ihn zum monatlichen Treffen des Dialogforums in Cobán (Alta Verapaz), welches Konflikte Landzugangs thematisiert. Aktuelle Sorgen der Organisation drehen sich insbesondere um die Situation der Gemeinden, die von Vertreibungen bedroht sind sowie um die Situation der Gemeinden, die sich im Widerstand gegen die italienische Energiefirma ENEL in San Cristóbal (Alta Verapaz) befinden.

Hintergrund: *UVOC ist eine Bauernorganisation der Departements Alta- und Baja Verapaz, die vor allem in der Verteidigung von Landrechten und der Förderung des Zugangs der ländlichen Bevölkerung zu Land arbeitet, indem sie sie z.B. im Bereich der Legalisierung ihres Landes berät. Außerdem befähigen und unterstützen sie die Gemeinden, welche sich in UVOC zusammengeschlossen haben bei der Entwicklung und Organisation von Entwicklungsprojekten.*

Aufgrund von Todesdrohungen, Einschüchterungen und Verfolgungen durch Unbekannte, begleiteten wir seit März 2005 den Leiter der UVOC, Carlos

⁵ Human Rights First (HRF), Washington Office on Latin America (WOLA), Network in Solidarity with the people of Guatemala (NISGUA), Grassroots International, American Jewish World Service, Latin America Working Group (LAWG), Institute for Peace and Justice - University of San Diego, Brief an den Präsidenten Álvaro Colom, 8. Mai 2009.

Morales. Zudem wenden wir weiterhin unsere Aufmerksamkeit auf die heikle Situation einiger ländlicher Gemeinden, die der UVOC angehören und sich im Kampf um die Erde und den Zugang zu ihr befinden.

Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez Archila

Im Monat April besuchten wir regelmäßig das Büro des Anwalts Pérez Archila und trafen uns mit ihm und Mitgliedern seines Teams. Am 7. April begleiteten wir ihn zu einer Verhandlung des Falls Bamacá im Verfassungsgericht.

Bei einem anderen Fall sprach das zuständige Gericht in Chiquimula am 15. April den Ex-Beauftragten des Militärs, Isidro Cardona Osorio, in einem öffentlichen Gerichtsprozess wegen gewaltsamen Verschwindenlassens des Jugendlichen Edgar Leonel Paredes Chegüen – verhaftet und verschwunden am 12. Januar 1982 – frei. Edgar Pérez kündigte an, gegen diese Entscheidung in Berufung zu gehen.

Am 29. April beobachteten wir eine Pressekonferenz, in welcher Pérez die Straflosigkeit verurteilte, die für die während des bewaffneten internen Konflikts begangenen Menschenrechtsverletzungen weiterhin existiert.

Hintergrund: *Im August 2010 begannen wir den Menschenrechtsverteidiger und -anwalt Edgar Pérez Archila bei seiner Arbeit der Verteidigung der Gerechtigkeit und gegen Straflosigkeit zu begleiten. Er ist vor allem in den öffentlichen Gerichtsprozessen über die begangenen Massaker während des bewaffneten Konflikts in Guatemala und anderer Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und Gegenwart tätig. Wir haben ihn während seiner Arbeit im Rahmen verschiedener Gerichtsprozesse begleitet, unter anderem: der Anklage des Verschwindenlassens, Folter und Mord an dem Guerillakämpfer Efraín Bámaca Velásquez im Jahr 1992; dem Massaker in der Gemeinde Las Dos Erres in 1984; dem Massaker in der Gemeinde Río Negro in 1982, sowie in den Gerichtsprozessen wegen Genozids, welche vor den guatemaltekischen Gerichten seit 2000 verhandelt werden. Aufgrund der Brisanz dieser und weiterer Fälle des Rechtsanwalts Pérez und verschiedenen Vorkommnissen gegen die Sicherheit seiner Person in den letzten Jahren, bietet ihm PBI internationale Begleitung.*

Historisches Archiv der Nationalpolizei (AHPN)

Im April akzeptierten wir die Anfrage des historischen Archivs der Nationalpolizei (AHPN), um den Prozess und die Arbeit der Wiederherstellung, Instandhaltung und Verbreitung der sich im Archiv befindlichen Dokumente und Informationen, zu begleiten.

Wie werden regelmäßige Präsenz in ihren Einrichtungen und bei ihren Aktivitäten zeigen und zur Verbreitung der Informationen über ihre Arbeit, Entwicklungen und Ergebnisse oder Entdeckungen beitragen. Zudem werden wir Gespräche mit Autoritäten und der Internationalen Gemeinschaft unterhalten, um zu ihrem Schutz beizutragen.

Das Archiv stellt aktuell ein grundlegendes dokumentarisches Instrument für die Durchsetzung von Gerechtigkeit und den Kampf gegen Straflosigkeit bezüglich der begangenen Verbrechen des Staats während des bewaffneten internen Konflikts dar. Der Konflikt verursachte mehr als 200.000 Opfer, darunter mehr als 45.000 verhaftet-verschwundene Personen. Die Bedeutung des Archivs als Beitrag zur Sicherstellung und Umsetzung der drei grundlegenden Rechte – des Rechts auf Wahrheit, des Rechts auf Rekonstruktion der historischen Erinnerung (durch die Zeugenaussagen der Opfer, die Prozesse der Exhumierungen und durch die Dokumentationen des Staates) und des Rechts auf Gerechtigkeit – hat sich in der Praxis erstmals im Gerichtsprozess wegen des gewaltsamen Verschwindenlassens von Fernando García gezeigt.

Das AHPN lieferte dem Prozess insgesamt 667 Dokumente, welche allesamt durch das Gericht anerkannt wurden und zur Urteilsfindung beitrugen. Am 8. April 2011 wurde auf Grundlage richterlicher Analysen besagter Dokumente der Ex-Chef des 4.

Corps der ehemaligen Nationalen Polizei (PN) – der die Operation, bei welcher García ergriffen wurde, geleitet hatte – angeklagt und daraufhin festgenommen.

Hintergrund: Das AHPN wurde im Jahr 2005 zufällig durch Personal der Menschenrechtsombudsstelle (PDH) gefunden, als sie Präventionsmaßnahmen für die Einlagerung von Sprengstoff in Einrichtungen der guatemaltekischen Sicherheitskräfte vornahmen. In einem Gebäude in der Zone 6 der Hauptstadt – welches während des internen bewaffneten Konflikts als Krankenhaus der Nationalen Polizei gebaut worden war, aber niemals als solches genutzt wurde – wurden 80 Millionen Dokumente gefunden: verlassen, aufgestapelt und in schlechtem Zustand. Es handelte sich um die historisch-administrative Dokumentation der Nationalen Polizei seit ihrer Gründung 1881 bis zu ihrer Abschaffung 1997, einer Institution deren Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen während des internen bewaffneten Konflikts durch die Kommission zur Historischen Aufklärung (CEH) bewiesen wurde. In ihrem Bericht „Guatemala – Memoria del Silencio“ stellt die Kommission fest, dass die Nationale Polizei als Einsatzkommando des Geheimdienstes der Armee eingesetzt wurde (als Fassade des G-2) und in den meisten Fällen den Befehlen der Armee unterstand. Bei diversen Gelegenheiten während der Investigationen der CEH verleugneten die verschiedenen Staatsorgane – inkl. Innenministerium und Nationale Polizei (PN) – die Existenz von Archiven oder Dokumenten, welche die Erforschung von Menschenrechtsverletzungen ermöglichen würde.

Nach einer ersten Arbeitsphase, welche durch die PDH zur Wiederherstellung der Dokumente und zur Schaffung notwendiger Bedingungen für den öffentlichen Zugang zu den im Archiv gelagerten Dokumenten eingeleitet wurde, konzentrieren sich die Anstrengungen seit 2010 auf die Institutionalisierung des Archivs, die Suche nach politischer, rechtlicher und administrativer Gewissheit, die technische Stabilisierung des Dokumentenguts und die Schaffung von Bedingungen und Verfahrensweisen, um den öffentlichen und permanenten Zugang zu den im Archiv enthaltenen Informationen sicherzustellen.

Heute ist das AHPN Teil des Generalarchivs Zentralamerikas, Trägerschaft und Rektorat obliegen dem Kulturministerium Guatemalas. Es funktioniert ausschließlich durch Spenden und Fonds der internationalen Kooperation. Das Archiv ist ebenfalls Teil der internationalen Koalition der „Orte des Bewusstseins“, da das Gebäude, in dem sich das Archiv befindet, als geheimes Gefängnis der Nationalen Polizei während des bewaffneten Konfliktes genutzt wurde. An der Leitung, Koordination und Entwicklung des Archivs, der Rettung der Dokumente und an der Förderung des öffentlichen Zugangs zu den Informationen, beteiligen sich anerkannte Menschenrechtsaktivisten Guatemalas. Im Bereich der Konservierung, Organisation und Archivierung arbeiten 150 Personen. Bis zum 31. März 2011 wurden mehr als 12 Millionen Bilder aus digitalisierten Dokumenten und mehr als 19.000 Büchern realisiert, es gingen 4.503 Anfragen nach Informationen ein, welche mit der Ausgabe von 45.020 Dokumenten beantwortet wurden (1.001 an Familien der Opfer, 1.298 an die Staatsanwaltschaft, 98% davon an die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte).

Wir halten das AHPN für ein Schlüsselinstrument im Kampf gegen die Straflosigkeit, den Wiederaufbau der historischen Erinnerung und das Durchsetzen von Gerechtigkeit. Aufgrund der Bedeutung des Archivs, Beweise durch Dokumente und Sachverständigengutachten in öffentlichen Gerichtsprozessen beizutragen, um konkrete Fälle von im bewaffneten Konflikt begangenen Menschenrechtsverletzungen zu erforschen und aufzuklären und die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Verantwortlichen zu bestimmen, erachten wir es als wichtig, durch unsere Begleitung zum Schutz des Archivs beizutragen und jegliche Drohungen oder Angriffe gegen das Archiv abzuwenden.

2.4 FOLLOW UP

Wir erhalten regelmäßig Anfragen zur Begleitung von sozialen Organisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen, die bedroht werden oder sich bedroht fühlen. Durch die internationale Begleitung versuchen wir, diese Bedrohungen zu mindern, und damit einen sichereren Freiraum für ihre Aktivitäten zu schaffen. Wenn das Risiko, die Bedrohungen und die Sicherheitsvorfälle dieser begleiteten Organisationen und Personen abgenommen hat, setzen wir die Begleitung in Form von „Follow up“ fort. Dies bedeutet, dass wir die physische Begleitung mindern, aber durch Treffen und/oder Anrufe in ihren Büros oder Arbeitsplätzen in Kontakt bleiben. Zugleich sind wir weiterhin bereit, konkreten Anfragen nachzukommen, die aus besonderen Gründen internationale Präsenz benötigen.

Folgende soziale Organisation befindet sich in der Kategorie Follow up:

Kommission des Friedlichen Widerstandes von San Rafael Pie de la Cuesta (CRP).

Im April empfangen wir im PBI Haus in der Hauptstadt, Besuch von Mitgliedern des Vereins. Sie berichteten uns, dass die CRP ihre Aktivitäten verringert hat, da es scheint, als ob der Bau des Wasserkraftwerks, zu welchem sie eine Art soziale Überwachung übernommen hatten, vorläufig gestoppt werden konnte. Eine grundsätzliche Verbesserung der Sicherheitslage des Vereins in den letzten Jahren, hat dazu geführt, die Begleitung zu beenden.

Im Monat April, hielten wir weiterhin die Kommunikation mit sozialen Akteuren in San Marcos und Umgebung, die Untersuchungen zu einem Wasserkraftwerk in der Region verfolgen, aufrecht. Außerdem bleiben wir nach wie vor aufmerksam hinsichtlich des Konflikts um Stromversorgung und -verteilung in mehreren Munizipien von San Marcos.

***Hintergrund:** Die CRP wurde 2007 im Kreis San Rafael Pie de la Cuesta (Departement San Marcos) mit dem Ziel gegründet, über ein spezielles Projekt des Wasserkraftwerks nachzuforschen und die Bevölkerung zu informieren. Dieses wurde vom Bürgermeister in einer Audienz Anfang September 2007 mit dem geplanten Baubeginn Anfang 2008 bekannt gegeben. Dieses Projekt basierte auf einem vorigen, welches nicht durchgeführt wurde, und bis dahin den EinwohnerInnen des Bezirks unbekannt war.*

Seit Dezember 2007 begleiten wir Mitglieder der CRP, nachdem einige ihrer Mitglieder von Polizeibeamten bei einem Treffen der Organisation angegriffen und verhört worden waren. Mehrere Mitglieder der CRP erhielten anschließend Bedrohungen. Aufgrund einer positiven Sicherheitsanalyse konnte die Begleitung seit November 2008 in die Kategorie des Follow-ups übergehen.

2.5 BEOBACHTUNGEN

PBI stellt in Guatemala internationale Beobachtung für diejenigen öffentlichen Ereignisse, für welche die guatemaltekischen sozialen Organisationen einen Bedarf gemeldet haben, um Aufmerksamkeit und internationales Interesse zu zeigen und außerhalb von Guatemala über das, was beobachtet wird, zu berichten.

Am 6. April beobachteten wir die Eröffnung der Wander-Fotoausstellung „Guatemala, ewiger Frühling, ewige Tyrannei“ in der Linguistischen Akademie von Uspanteko in Uspantán (El Quiché). Daran nahmen ungefähr 100 Personen teil, in der Mehrzahl aus den angrenzenden Gemeinden des urbanen Zentrums von Uspantán. Die Ausstellung will mit dem Mittel der Fotografie dazu beitragen, das historische Gedächtnis wiederherzustellen. Sie möchte an die Zeit des bewaffneten Konflikts erinnern und sie bewusst machen, nicht nur, um auf die Verantwortlichkeit

für die begangenen Menschenrechtsverletzungen hinweisen sondern auch, um zu erreichen, dass diese nicht erneut geschehen.

Am 9. April beobachteten wir, ebenfalls in El Quiché, eine Versammlung der Gemeinden von Sacapulas, an der Delegierte aus 108 Gemeinden des Kreises teilnahmen. Die zentralen Themen des Treffens waren die Planung und Entwicklung von Mega-Bergbau- und Wasserkraftprojekten in der Gegend und die Planung einer Volksbefragung, die für den 20. Mai vorgesehen ist.

Am 28. April waren wir als internationale Beobachter in Zacapa und in Jalapa zugegen während zweier Treffen des deutschen Botschafters in Guatemala mit verschiedenen Organisationen, die wir im Osten des Landes begleiten (siehe bei Begleitungen (Kap. 2.3) unter APMG, Camotekischer Bauernverband, Zentrale Bauernkoordination Nuevo Día und AMISMAXAJ).

Am 29. April beobachteten wir den von zahlreichen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen durchgeführten Marsch in der Hauptstadt. Sie brachten ihre Ablehnung des Regierungs-Vorschlags über eine Verordnung zur Durchführung von Volksbefragungen zum Ausdruck, wie sie im Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über indigene Völker und Stämme in unabhängigen Ländern vorgesehen ist. Ihre Hauptforderungen waren, das Recht auf Volksbefragungen und das Recht auf Leben zu respektieren. Der Rat der Völker des Westens (CPO), der soziale Gruppen aus San Marcos, Huehuetenango, El Quiché, Totonicapán, Sololá, Quetzaltenango und Retalhuleu vereinigt, äußerte, dass die Verordnung „eine reale Drohung darstellt, latent und imminant, gegen das Leben, das Territorium, die Weltanschauung und die Spiritualität unserer Völker, so dass man sie als eine neue Phase der Enteignung und Besatzung unter dem Vorwand der Entwicklung unter Anwendung subtiler und taktischer Mittel betrachten kann“.⁶

Am gleichen Tag beobachteten wir eine Pressekonferenz, in der mehrere Anwälte, darunter Edgar Pérez, im Beisein von Angehörigen des 1982 verhafteten und verschwunden Edgar Leonel Paredes und von Repräsentanten verschiedener sozialer Organisationen, die sich nach dem Freispruch des Ex-Militärangehörigen Isidro Cardona Osorio besorgt über das Fortbestehen der Straflosigkeit in diesem Fall äußerten.

3. AKTIVITÄTEN AUSSERHALB GUATEMALAS

Die regionalen Repräsentantinnen, das Koordinationsbüro des Projektes und andere Mitglieder des Projektkomitees und des Büros des Projektes, als auch die PBI-Ländergruppen pflegen Kontakte mit zahlreichen NROs, Länderregierungen und staatlichen Organisationen, ParlamentarierInnen usw. Die Treffen helfen, das sogenannte „Unterstützernetzwerk“ für das Projekt zu vergrößern und zu verstärken, ein unabdingbares Mittel für die Wirksamkeit der internationalen Präsenz von PBI in Guatemala.

Die Europarepräsentantin des Projektes, Kerstin Reemtsma, traf sich am 13. April mit dem Europaabgeordneten Raúl Romeva, Mitglied der Delegation für Zentralamerika des Europäischen Parlaments.

Am 28.4. nahm sie an einem Workshop über „Die Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen und des sozialen Protests und die Rolle der transnationalen Konzerne in Lateinamerika“ teil, der in Brüssel organisiert wurde von PBI, der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH), der

⁶ CPO, “Presentación del amparo en contra del reglamento de consulta en la Corte de Constitucionalidad”, Guatemala, 23. März 2011: <http://consejodepueblosdeoccidente.blogspot.com> .

Weltorganisation gegen Folter (OMCT), dem Netzwerk katholischer Organisationen (CIDSE), der Kopenhagener Initiative für Zentralamerika und Mexiko (CIFCA) und dem FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN).

PBI GUATEMALAPROJEKT

Team in Guatemala

3ª Avenida "A", 3-51, Zona 1, Ciudad de Guatemala
Telefax: (+502) 2220 1032
equipo@pbi-guatemala.org
www.pbi-guatemala.org

Projektkoordination

Plaza Manuel Granero 9, Puerta 18, 46006 Valencia (España)
Telefon: (+34) 963 816 835
coordinación@pbi-guatemala.org

Deutsche Übersetzung

Guatemala AG c/o PBI Deutscher Zweig e.V.
guatemala@pbi-deutschland.de
www.pbi-deutschland.de